

# newsletter

des Deutschen Landkreistages zum SGB II

## INHALT

➤ Editorial

➤ Aktuelle Fragen der Option

- Aktualisierte Checkliste zum Übergang von der gemeinsamen Einrichtung zur Option
- Personalübergang
- Einladung zum Plenum der Optionskommunen am 24.10.2011
- Rückschau auf die Fachtagung Benchmarking vom 1.9.2011

➤ Aktivitäten auf Bundesebene im Überblick

- Ausbildungspakt und Nachvermittlung für unversorgte Jugendliche
- Entwurf des Haushaltsgesetzes 2012
- Instrumentenreform im Vermittlungsausschuss
- Regelbedarfsstufen-Fortschreibungsverordnung 2012
- Bildung und Teilhabe
- Vereinbarungen zum Meldeverfahren zur Sozialversicherung
- Fachveranstaltung zum Meldeverfahren zur Rentenversicherung für neue Optionskommunen
- Zielvereinbarungssystem – Stand der Beratungen
- Workshop: Befragung zur Ermittlung der Kundenzufriedenheit

➤ Termine

➤ Weitere Neuigkeiten

**KOMMUNEN**  
für Arbeit

Bitte melden Sie sich für den Newsletter-E-Mail-Verteiler an bei:  
[Waltraud.Nothof@Landkreistag.de](mailto:Waltraud.Nothof@Landkreistag.de)



DEUTSCHER  
LANDKREISTAG

>>> EDITORIAL

Der seit 2007 erscheinende Newsletter steht allen Interessierten zur Verfügung und ist öffentlich zugänglich. Daneben steht der Newsletter in den Internet-Foren des DLT zum Abruf bereit.

Die Gestaltung soll auch durch die Beiträge der Landkreise, Jobcenter und der Landesverbände über die örtlichen und regionalen Entwicklungen geprägt werden. Deshalb bitten wir um die Übermittlung von Hinweisen, Nachrichten und kurzen Beiträgen.

Bitte richten Sie Ihre Beiträge und Hinweise an:

[Markus.Keller@Landkreistag.de](mailto:Markus.Keller@Landkreistag.de) und [Waltraud.Nothof@Landkreistag.de](mailto:Waltraud.Nothof@Landkreistag.de).

Für die fachliche Erörterung der Fragen zum SGB II steht Ihnen das Dezernat Soziales und Arbeit des DLT in bewährter Weise zur Verfügung:

Referent	Markus Keller
Referent	Matthias Köpp
Beigeordnete	Dr. Irene Vorholz
Sekretariat und Planung	Waltraud Nothof

Berlin, Oktober 2011

## >>> AKTUELLE FRAGEN DER OPTION

### >> Aktualisierte Checkliste zum Übergang von der gemeinsamen Einrichtung zur Option

Während der Zeitpunkt des Übergangs immer näher rückt, erweitert die Checkliste die Übergangsvarianten nunmehr eindeutig um die Variante, in der der Bewilligungszeitraum der Bescheide beibehalten wird, aber während des Zeitraums die Zahlung durch die Optionskommune übernommen wird.

In der Checkliste hat das BMAS nun auch festgehalten, dass für die Abwicklung der Fälle vor Zuständigkeit der Optionskommune (sog. historische Fälle) ein schreibender Zugriff für die Leistungsgewährungs-IT der BA angestrebt wird. Angedacht ist ein Zugriff über das Internet. Leider hat das BMAS die in Aussicht gestellte Klärung des Schreibzugriffs nicht im 3. Quartal herbeiführen können. Die Hauptgeschäftsstelle des DLT hat noch einmal gegenüber dem BMAS auf die zeitliche Dringlichkeit hingewiesen.

Die Checkliste ist mit der Aktualisierung nunmehr auf dem Stand vom 23.8.2011. Weitere Aktualisierungen insbesondere hinsichtlich des Schreibzugriffs für historische Fälle sind zu erwarten.

[vertiefend: DLT-RS 457/2011 vom 23.8.2011]

### >> Personalübergang

Zum Personalübergang von der gemeinsamen Einrichtung von BA-Personal auf den kommunalen Träger bei den neuen Optionskommunen gibt es inzwischen zwei Rundschreiben der VKA, die auf Gespräche zwischen VKA und BMAS zurückgehen und im Optionsforum abrufbar sind. Dadurch werden einige Einzelfragen einvernehmlich gelöst, zugleich bleiben Auffassungsunterschiede.

[vertiefend: Optionsforum >> Materialien >> Optionserweiterungen und Neuzulassungen]

### >> Einladung zum Plenum der Optionskommunen am 24.10.2011

In der Tradition der bisherigen regelmäßigen Treffen der Optionskommunen, findet nunmehr am 24.10.2011 erstmals ein Plenum der alten und der neuen Optionskommunen statt. Auf der Tagesordnung stehen insbesondere die künftige Koordinierung der Arbeit der Optionskommunen, das Benchlearning, Zielvereinbarungen und Kennzahlenvergleich sowie die Datenübermittlung an die amtliche Statistik.

[vertiefend: Einladung zum Plenum der 108 Optionskommunen am 24.10.2011 beim DLT in Berlin vom 29.9.2011]

>> **Rückschau auf die Fachtagung Benchmarking vom 1.9.2011**

Die Fachtagung Benchmarking vom 1.9.2011 beim DLT in Berlin hat über die künftige Ausgestaltung und Ausrichtung für das Benchlearning der Optionskommunen (BLOK) beraten. Die Ergebnisse des Prozesses sind gemeinsame Projektziele und eine neue Projektstruktur, die dem Plenum der Optionskommunen am 24.10.2011 zur weiteren Entscheidungsfindung vorgelegt werden.

[vertiefend: Anlage 2 der Einladung zum Plenum der Optionskommunen am 24.10.2011 vom 29.9.2011]

>>> **AKTIVITÄTEN AUF BUNDESEBENE IM ÜBERBLICK**

>> **Ausbildungspakt und Nachvermittlung für unversorgte Jugendliche**

Der Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland beteiligt die Optionskommunen künftig stärker. Damit können Optionskommunen auf ihre Aktivitäten im Bereich Ausbildungsvermittlung aufmerksam machen. Die Optionskommunen sind dazu aufgerufen, künftig eine Meldung zu ihren Aktivitäten abzugeben, die der DLT dann den Paktpartnern zur Verfügung stellen wird.

Maßgeblicher Zeitraum für die zu erfassenden Aktivitäten ist der **1.10. bis 31.12.2011**. Die Daten werden dann von der Hauptgeschäftsstelle des DLT bis zum **10.1.2012** gesammelt und anschließend ausgewertet.

[vertiefend: DLT-RS 496/2011 vom 19.9.2011]

>> **Entwurf des Haushaltsgesetzes 2012**

Der Haushaltsgesetzesentwurf der Bundesregierung sieht für 2012 im Bereich des SGB II folgende Ansätze vor: 4,4 Mrd. € Eingliederungsmittel, 4,05 Mrd. € Verwaltungskosten sowie 5,1 Mrd. € für die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft. Bei den Eingliederungsmitteln bedeutet dies einen erneuten Rückgang um ca. 17%. Diese Mittelkürzung ist im Verhältnis zur Entwicklung der SGB II-Leistungsempfängerzahlen deutlich überproportional, was der DLT wiederholt kritisiert hat. Die Hauptgeschäftsstelle des DLT hat daher eine Berechnungsgrundlage zur Verfügung gestellt, die abbildet, wie sich die Kürzungen im einzelnen Landkreis vor Ort konkret auswirken.

[vertiefend: DLT-RS 487/2011 vom 14.9.2011; DLT-RS 534/2011 vom 11.10.2011]

### >> Instrumentenreform im Vermittlungsausschuss

Nach einer Anhörung vor dem Ausschuss für Arbeit und Soziales am 5.9.2011 (vgl. dazu DLT-RS 479/2011 vom 6.9.2011) wurde am 23.9.2011 im Deutschen Bundestag mit der zweiten und dritten Lesung das Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt beschlossen. Damit folgte der Bundestag der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales (vgl. Anlage zu DLT-RS 515/2011 vom 27.9.2011).

Der Bundesrat hat jedoch in seiner Sitzung vom 14.10.2011 überraschend den Vermittlungsausschuss angerufen, der sich mit drei Punkten des Gesetzesentwurfs auseinandersetzen soll. Erstens soll der Gründungszuschuss als Pflichtleistung belassen und hinsichtlich der Förderdauer und Förderhöhe unangetastet bleiben. Zweitens soll die Förderung von Betrieben, die Jugendlichen eine Einstiegsqualifizierung bieten, erhalten bleiben. Drittens soll die Kürzung der Förderdauer des Eingliederungszuschusses für Arbeitnehmer ab 50 Jahren gestrichen werden.

### >> Regelbedarfsstufen-Fortschreibungsverordnung 2012

Das BMAS hat den Entwurf einer Verordnung zur Fortschreibung der Regelbedarfsstufen für das Jahr 2012 vorgelegt. Für Länder und Kommunen ergeben sich Mehrausgaben in Höhe von 153 Mio. € im Bereich des SGB XII und von 47 Mio. € im Bereich des SGB II. Der Bundesrat hat dem Entwurf am 14.10.2011 zugestimmt. Die Verkündung im Bundesgesetzblatt steht noch aus.

[vertiefend: DLT-RS 480/2011 vom 6.9.2011]

### >> Bildung und Teilhabe

Zur Erfassung des aktuellen Stands der Inanspruchnahme des Bildungs- und Teilhabepakets wiederholt der DLT seine im Sommer des Jahres durchgeführte Umfrage bei den Landkreisen. Dabei wird bis zum Ablauf der Umfrage **am 25.10.2011** auch die Möglichkeit geboten, konkrete Änderungsbedarfe an den vorhandenen Regelungen zu benennen.

[vertiefend: DLT-RS 514/2011 vom 27.9.2011]

### >> Vereinbarungen zum Meldeverfahren zur Sozialversicherung

Auf Bundesebene hat der DLT eine Vereinbarung zum Meldeverfahren zur gesetzlichen Rentenversicherung abgeschlossen und das gemeinsame Rundschreiben zum Versicherungs-, Beitrags- und Melderecht der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung aktualisiert. Damit stehen für beide Meldeverfahren zur Sozialversicherung entsprechende Grundlagen zur Verfügung, um die komplexen Fragen vor Ort leichter zu bewältigen.

Wesentliche Regelungsinhalte der Vereinbarung sind die Meldungen für Zeiten vor und nach Wegfall der Rentenversicherungs- und Beitragspflicht, die Fehlerprüfung und die

Behandlung fehlerhafter Datensätze, das Verfahren zur Ermittlung bzw. Vergabe einer Rentenversicherungsnummer, die Bescheinigung von Leistungsbezugszeiten auf Anforderung, die Aufklärung von Unstimmigkeiten des Versicherungskontos und technische Einzelheiten der Datenübermittlung.

Das gemeinsame Rundschreiben bezüglich des Versicherungs-, Beitrags- und Melde-rechts der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung berücksichtigt insbesondere die Regelungen zur Versicherungspflicht, zum ermäßigten Beitragssatz für Leistungsbe-rechtigte nach dem SGB II, zur Beitragszahlung an den Gesundheitsfonds und zur Übernahme der Beiträge für privat oder freiwillig krankenversicherte Leistungsbere-chtigte durch das GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz vom 26.3.2007. Außerdem enthält die aktualisierte Fassung die zum 1.1.2011 in Kraft getretenen Änderungen des SGB II zur Feststellung der Erwerbsfähigkeit, zum Zusatzbeitrag und zur Regelsatzhöhe.

[vertiefend: DLT-RS 419/2011 vom 9.8.2011 und DLT-RS 437/2011 vom 15.8.2011]

### >> **Fachveranstaltung zum Meldeverfahren zur Rentenversicherung für neue Optionskommunen**

Das Meldeverfahren zur gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung erfolgt in den gemeinsamen Einrichtungen durch die BA. Mit dem Übergang in die Option über-nimmt die Optionskommune auch das Meldeverfahren. Der DLT bietet zum Meldever-fahren zur Rentenversicherung eine Fachveranstaltung am 22.11.2011 für alle neuen Optionskommunen an, für die sich interessierte Fachkräfte **bis zum 25.10.2011** anmel-den können.

[vertiefend: DLT-Einladung vom 14.10.2011]

### >> **Zielvereinbarungssystem – Stand der Beratungen**

Seit die SGB II-Neuorganisation beschlossen ist, beraten Bund, Länder und kommunale Spitzenverbände über die Ausgestaltung eines einheitlichen Zielvereinbarungssystems für alle Jobcenter. Inzwischen existiert ein Grundlagenpapier zur Zielvereinbarung. Ak-tuell wird noch diskutiert, wie die Berechnung bzw. Ableitung der Orientierungswerte und das Verfahren zur Bestimmung der Zielkorridore erfolgen soll.

In einer Sondersitzung der BLA-AG Steuerung vom 19.10.2011 wurden die Vorstellun-gen über mögliche Referenzwerte für die Ziele „Verbesserung der Integration in Er-werbstätigkeit“ und „Vermeidung von langfristigem Leistungsbezug“ ausgetauscht. In der anstehenden Sitzung am 26.10.2011 sollen die erforderlichen Festlegungen für den Beginn des Zielvereinbarungsverfahrens getroffen werden. Erstmals soll es für 2012 einen gleichartigen und gegenüber den bisherigen Zielvereinbarungsverfahren erheblich abweichenden Zielvereinbarungsprozess für alle Jobcenter geben.

[vertiefend: DLT-RS 475/2011 vom 2.9.2011]

## >> Workshop: Befragung zur Ermittlung der Kundenzufriedenheit

Die BA hat angeboten, dass die Abfrage zur Kundenzufriedenheit von kommunalen Trägern in gemeinsamen Einrichtungen und Optionskommunen mitgestaltet werden kann. Die Konzeption einer jobcenterübergreifenden Befragung soll in zwei eintägigen Workshops erfolgen. Interessenten können sich bis **zum 28.10.2011** beim DLT melden.

[vertiefend: DLT-RS 523/2011 vom 30.9.2011]

## >>> TERMINE

Folgende Termine stehen im dritten/vierten Quartal 2011 an bzw. haben bereits stattgefunden:

1.9.2011	DLT-Fachtagung zur Weiterentwicklung des Benchmarking der Optionskommunen in Berlin
5.9.2011	Anhörung im Bundestagsausschuss Arbeit und Soziales zur Instrumentenreform
14.9.2011	DLT-Arbeitskreis gemeinsame Einrichtungen
26.9.2011	Treffen der Neuoptierer beim DLT
1.10. bis 31.12.2011	Datenerfassung Ausbildungspakt (DLT-RS 496/2011)
19.10.2011	Sondersitzung der BLA-AG Steuerung
19.10.2011	Sitzung der AG Personal beim BMAS
24.10.2011	Plenum der Optionskommunen in Berlin
26.10.2011	BLA-AG Steuerung / Treffen der Neuoptierer mit dem BMAS
27.10.2011	Meldung der Umfrage zur Inanspruchnahme des Bildungs- und Teilhabepakets an DLT (DLT-RS 514/2011)
28.10.2011	Rückmeldung an DLT für den Workshop: Befragung zur Ermittlung der Kundenzufriedenheit (DLT-RS 523/2011)
3.11.2011	Projektgruppe (BMAS, BA und komSpV)
8.11.2011	DLT-Arbeitskreis Option in Berlin
9.11.2011	Erfahrungsaustausch der 108 Optionskommunen beim BMAS
10.11.2011	Haushaltsworkshop für die 41 Neuoptierer beim BMAS
15.11.2011	Workshop der (BLA) AG Steuerung zur Neukonzeption der SGB II-Vergleichstypen
22.11.2011	Fachveranstaltung zum Meldeverfahren zur gesetzlichen Rentenversicherung beim DLT
6. und 7.12.2011	Bund-Länder-Ausschuss nach § 18c SGB II



>>> WEITERE NEUIGKEITEN

> Stelle des DST zur Unterstützung der Optionsstädte

Frau Stausberg, die bisher für den LKT NRW tätig ist und früher beim DLT an der Koordinierung der Optionskommunen mitgearbeitet hat, wird ab 1.12.2011 die Optionsstädte mit einer Stelle beim DST in Köln unterstützen.

